



Kantonsrat

KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 9. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

B 151 Regelungen für das Sexgewerbe; Entwurf Änderung des Gewerbepolizeigesetzes / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Für die Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK) spricht Kommissionspräsidentin Inge Lichtsteiner-Achermann.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Die JSK hat die 2. Beratung der Vorlage an ihrer Sitzung vom 23. August 2019 durchgeführt. Es wurden keine Anträge oder Änderungen angefügt. Die Anträge der Redaktionskommission wurden von der JSK zur Kenntnis genommen. Das Inkrafttreten wurden auf den 1. Januar 2020 festgesetzt. Die JSK hat der Vorlage mit 11 zu 2 Stimmen zugestimmt. Ich bitte Sie, der JSK zu folgen.

Noëlle Bucher: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen (G/JG) lehnt die Vorlage grossmehrheitlich ab. Zwar begrüssen wir es, dass erst ab zwei Personen eine Bewilligung notwendig ist. Aus unserer Sicht werden mit den Änderungen aber sonst nicht die richtigen Massnahmen umgesetzt. Wir hätten erwartet, dass die Sexarbeitenden durch die Änderungen besser geschützt werden. Die Massnahmen zielen aber auf mehr Repression und Kontrolle ab, was viel eher zu einer Schwächung und einer höheren Verletzlichkeit der Betroffenen führt. Weil uns zudem eine Beratungsstelle für die Sexarbeitenden und eine Unterstützung in rechtlicher Hinsicht fehlt, lehnt eine grosse Mehrheit der G/JG-Fraktion die Vorlage ab.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Es ist richtig, dass wir diese Kontrollmöglichkeiten in das Gewerbegesetz aufnehmen. Die Aufnahme ins Gesetz führt zu einem zusätzlichen Schutz, auch für die Sexarbeitenden. Die Zwei-Personen-Ausnahmeregelung wurde vom Parlament und der vorberatenden Kommission gutgeheissen. Wie bei allen solchen Regelungen müssen wir zuerst Erfahrungen sammeln und nötigenfalls noch Anpassungen vornehmen, um das Ziel zu erreichen, nämlich den Schutz der Sexarbeitenden und dass es zu keiner Ausbeutung und keinem Menschenhandelt kommt. Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat der Änderung des Gewerbepolizeigesetzes, wie sie aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 100 zu 14 Stimmen zu.